Niederschrift

über die 4. öffentliche Sitzung der am 9. März 2014 gewählten **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Mittwoch, dem **1. Oktober 2014**, um 19.00 Uhr im Krankenhaus Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindeglieder
2. Beschlussfassung der Niederschriften vom 2. Juli 2014 und 23. Juli 2014
3. Berichte des Bürgermeisters
4. Gemeinnützige Oberndorfer Krankenhausbetriebsgesellschaft (GOK) – Bilanz 2013
5. Neubau BORG Oberndorf – Durchführung Architektenwettbewerb
6. Neubau Rathaus – Betreuung des Architektenwettbewerb
7. Tauschvertrag betreffend die Grundstücke 586 und 589/3 KG Oberndorf (Gemeinnützige Wohn- und Siedlungsgenossenschaft „Salzburg“)
8. Pachtvertrag Grundstück Nr. 734/1 und 1016/2 KG Oberndorf – Kinderspielplatz/Nachtrag zum Mietvertrag vom 16.03.2012
9. Sanierung F.-X.-Gruber-Straße und Herstellung von Asphaltausbesserungsarbeiten sowie Gehsteigabsenkungen im Ortsgebiet von Oberndorf – Beauftragung Erd- und Baumeisterarbeiten
10. Aufträge, Anschaffungen
11. Subventionen
12. Verlängerung Kontokorrentkredite
13. Allfälliges

Anwesende:

Bürgermeister Peter Schröder
2. Vizebürgermeister Otto Feichtner
Stadträtin Waltraud Lafenthaler
Stadtrat Dietmar Innerkofler
Stadtrat Wolfgang Stranzinger
GV Marion Reitsamer
GV Dr. Andreas Weiß
GV Wolfgang Oberer
GV Ing. Josef Eder
GV Ing. Florian Moser BSc
GV Stefan Jäger
1. Vizebürgermeisterin Sabine Mayrhofer
Stadtrat Mag.(FH) Hannes Danner
GV Arno Wenzl
GV Anna Schick
GV Markus Doppler
GV Tobias Pürcher
GV Christoph Thür
GV Josef Hagmüller
GV Maria Petzlberger
GV Markus Strobl
GV Peter Hauser – erscheint um 19.45 Uhr

Entschuldigt abwesend:

Stadträtin Caroline Glier
GV Peter Illinger
Stadtrat Ing. Johann Schweiberer BEd

Weiters anwesend:

GF Lars Vorsthoven, GOK, zu TOP 4.
MMag. Ewald Klösch, SOT, zu TOP 4.
Arch. Dipl.-Ing. Erich Wenger, Amt d. Sbg. Landesregierung, zu TOP 5.
Dipl.-Ing. Dieter Müller, Bauamtsleiter, zu TOP 5. Und 6.
Doris Moßhammer, Leiterin Finanzverwaltung, zu TOP 12.
Dr. Gerhard Schäffer, Amtsleiter

Schriftführerin: Gabriele Niederstrasser

Es waren 2 Zuhörer anwesend.

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger

Bürgermeister Schröder begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr. Er stellt fest, dass die Einberufung zu dieser Sitzung zeitgerecht und ordnungsgemäß zusammen mit der Tagesordnung zugestellt wurde. Es bestehen dagegen keine Einwände. Es wird festgehalten, dass zwei Tage nach der ursprünglichen Einberufung nochmals eine neue Tagesordnung mit dem zusätzlichen TOP 12. versandt wurde. Der Bürgermeister stellt den **Antrag, diese ergänzte Tagesordnung zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

Da die beiden Experten DI Wenger und Mag. Klösch aus verkehrstechnischen Gründen verspätet zur Sitzung kommen werden, ersucht der Bürgermeister, die Tagesordnung nach seinen Berichten (TOP 3.) von hinten beginnend abzuarbeiten.

Wird einhellig zur Kenntnis genommen.

2. Beschlussfassung der Niederschriften vom 2. Juli 2014 und 23. Juli 2014

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Protokolle vom 2. und 23. Juli 2014 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Werden einstimmig beschlossen.

3. Berichte des Bürgermeisters

Bei der am gestrigen Abend stattgefundenen gemeinsamen Sitzung der Gemeindevertretungen von Laufen und Oberndorf hat GV Markus Strobl einen Antrag für eine gemeinsame Resolution der Städte Laufen und Oberndorf betreffend Freihandelsabkommen TTIP vorgelegt, welches von beiden Gemeindevertretungen behandelt und beschlossen werden sollte. Der Antrag samt Infos über das TTIP von Greenpeace wird den Gremien zur Beratung zugewiesen und kommt auf die Tagesordnung der nächsten Gemeindevertretungssitzung.

GV Strobl erläutert den Grund für diesen gemeinsamen Resolutionsantrag und verliest die geplanten Schritte:

„Die FAIRTRADEGRUPPE bittet die GV von Laufen und Oberndorf, einen gemeinsamen Resolutionstext zu verfassen. Inhaltlich sollte die österreichische und deutsche Bundesregierung bezüglich der TTIP Verhandlungen auf folgende Punkte aufmerksam gemacht werden.

- Die Verhandlungsziele sollten offen gelegt und die Bevölkerung über den bisherigen Verhandlungsverlauf informiert werden.
- Für weitere Verhandlungsschritte sollte sichergestellt werden, dass diese transparent im Sinne einer breiten Einbindung der Bevölkerung, Experten und NGOs geführt werden.
- Für den Fall, dass dies nicht gewährleistet werden kann, sind die Verhandlungen umgehend abubrechen.“

12. Verlängerung Kontokorrentkredite

Folgender Amtsbericht der Finanzverwaltung liegt vor, den Frau Moßhammer erläutert:

Volksbank Oberndorf

Die Stadtgemeinde Oberndorf hat für den Betrieb ihrer Einrichtungen bei der Volksbank Oberndorf einen Kontokorrentkreditrahmen in der Höhe € 182.000,00. Die Laufzeit der Kreditprolongation der Volksbank Oberndorf für den Kontokorrentkredit der Stadtgemeinde Oberndorf, basierend auf den Kreditverträgen von 1983 und 2002, endet mit 31.12.2014 (Beschluss GV 03.03.2010) und sollte nun bis 31.12.2016 verlängert werden.

Konditionen: Sollzinssatz, basierend auf dem 3-Monats-Euribor + 1,25% Aufschlag p.a., dekursiv, bei vierteljährlicher Verrechnung, Habenzinssatz: 0,125%, Gebührenpaket € 200,00 pauschal pro Quartal

Raiffeisenverband Salzburg, Filiale Oberndorf

Die Stadtgemeinde Oberndorf hat beim Raiffeisenverband Salzburg, Filiale Oberndorf, mit Kreditvertrag vom 28.8.1997, der am 01.11.1997 aufsichtsbehördlich bewilligt und zuletzt am 03.03.2010 verlängert wurde, einen ausnützbaren Kontokorrentkreditrahmen in der Höhe von EUR 363.364,17 für die Konten 09.010.000, 09.010.935 und 09.012.170. Darüber hinaus steht der Stadtgemeinde auf diesen Konten eine weitere Kreditlinie in Höhe von € 286.636,00 zur Verfügung. Dieser Kontokorrentkreditrahmen endet mit 31.12.2014 und sollte bis 31.12.2016 verlängert werden.

Konditionen: Sollzinssatz, basierend auf dem 3-Monats-Euribor + 0,8 % Aufschlag, auf volle 1/8 % aufgerundet. Habenzinssatz, basierend auf dem 3-Monats-Euribor - 0,8%, auf volle 1/8 % abgerundet, 50% Nachlass sämtlicher Kontoführungsgebühren.

Salzburger Landeshypothekenbank

Der Kontokorrentkreditrahmen der Stadtgemeinde Oberndorf bei der Salzburger Landeshypothekenbank AG, Kontonummer 220000200, beträgt € 109.000,00. Der Rahmen endet mit 31.12.2014 und sollte bis 31.12.2015 verlängert werden. Der letztmalige Beschluss durch die Gemeindevertretung für die Verlängerung des Kontokorrentkreditrahmens wurde am 19.12.2009 gefasst.

Konditionen: Sollzinssatz aktuell 0,75%, basierend auf dem 3-Monats-Euribor, aufgerundet auf volle Achtel, Habenzinssatz 0,050%

Salzburger Sparkasse

Die Stadtgemeinde Oberndorf hat für den Betrieb ihrer Einrichtungen bei der Salzburger Sparkasse Bank AG, Konto Nr.: 00100211516, einen Kontokorrentkreditrahmen in der Höhe von € 300.000,00. Der Rahmen endet mit 30.04.2015 und sollte bis 30.04.2016 verlängert werden. Der letztmalige Beschluss durch die Gemeindevertretung für die Verlängerung des Kontokorrentkreditrahmens der Salzburger Sparkasse Bank AG wurde am 11.12.2013 gefasst (Laufzeit 30.04.2014 – 30.04.2015).

Konditionen: Sollzinsen 0,650 % Aufschlag auf den 1-Monats-Euribor, aufgerundet auf volle Achtel, Habenzinssatz aktuell 0,16%

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Verlängerung der Kontokorrentkreditrahmen der Stadtgemeinde Oberndorf bei folgenden Bankinstituten zu beschließen:**

Volksbank Oberndorf, € 182.000,00, Laufzeit 31.12.2016

Raiffeisenverband Salzburg, Fil. Oberndorf, € 650.000,00, Laufzeit 31.12.2016

Salzburger Landeshypothekenbank, Fil. Oberndorf, € 109.000,00, Laufzeit 31.12.2015

Salzburger Sparkasse, Fil. Oberndorf, € 300.000,00, Laufzeit 30.04.2016

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

11. Subventionen

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Kindersicherheitsolympiade

Der Salzburger Zivilschutzverband plant, das EuRegio Landesfinale SAFETYtour 2015 in Oberndorf durchzuführen. Die Veranstaltung ist mit 09.06.2015 terminisiert und soll im Schulzentrum Joseph-Mohr-Straße auf den Freiflächen sowie in der Stadthalle stattfinden. Erwartet werden bei dieser Veranstaltung ca. 700 Teilnehmer aus Salzburg und Bayern. Zielgruppe sind Schüler der vierten Klassen Volksschule. Neben der kostenlosen Bereitstellung der Infrastruktureinrichtungen ersucht der Zivilschutzverband um eine Subvention in der Höhe von € 3.500,-- seitens der Stadtgemeinde.

Bürgermeister Schröder ergänzt, dass Oberndorf noch nie Ausrichter der Kindersicherheitsolympiade war und daher das Ersuchen zur Ausrichtung dieses Landesfinales ergeht. Unterstützend sind unser Bauhof, die Polizei und das Rote Kreuz tätig. Unsere austragende Schule ist automatisch teilnahmeberechtigt. Die Kinder lernen im Rahmen der SAFETYtour viel über Sicherheit.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Gewährung einer Subvention in der Höhe von € 3.500,-- an den Salzburger Zivilschutzverband zur Durchführung des Landesfinales der Kindersicherheitsolympiade 2015 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

10. Aufträge, Anschaffungen

Keine!

9. Sanierung F. X. Gruber-Straße und Herstellung von Asphaltausbesserungsarbeiten sowie Gehsteigabsenkungen im Ortsgebiet von Oberndorf – Beauftragung Erd- und Baumeisterarbeiten

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Die geplanten Straßenbauarbeiten zur Sanierung der F.X.Gruberstraße und der Gehsteigabsenkungen sowie der Künettenasphaltierungen werden im Zeitraum von Oktober bis November ausgeführt werden. Die erforderliche Ausschreibung wurde gemäß BVergG durchgeführt. Es wird daher folgende Leistung gemäß dem beiliegenden Vergabevorschlag zur Beauftragung vorgeschlagen:

Erd- und Baumeisterarbeiten an die Fa. Swietelsky, Ziegeleistraße 34, 5020 Salzburg, mit einer Vergabesumme von netto € 94.994,94.“

Es haben fünf Firmen angeboten, Bestbieter war die Fa. Swietelsky.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Beauftragung gemäß dem vorliegenden Vergabevorschlag zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

8. Pachtvertrag Grundstück Nr. 734/1 und 1016/2 KG Oberndorf – Kinderspielplatz / Nachtrag zum Mietvertrag vom 16.03.2012

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 07.03.2012 wurde mit Frau Dr. Karin Wöran als Eigentümerin der Grundstücke 734/1 und 1016/2 (Kinderspielplatz Michael-Rottmayr-Straße) KG Oberndorf ein Mietvertrag zum Betrieb eines Kinderspielplatzes abgeschlossen. Die Laufzeit des Kinderspielplatzes ist mit 31.12.2014 befristet.

Durch die Grundeigentümerin wurde nunmehr ein Nachtrag zum Mietvertrag vom 16.03.2012 vorgelegt. Inhalt des Nachtrages ist die Verlängerung der Mietdauer auf weitere fünf Jahre bis zum 31.12.2019. Die übrigen Bestimmungen des Mietvertrages bleiben unverändert.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Nachtrag zum Mietvertrag vom 16.03.2012 für die Grundstücke 734/1 und 1016/2 KG (Kinderspielplatz Michael-Rottmayr-Straße) Oberndorf mit einer Verlängerung des Mietverhältnisses bis 31.12.2019 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

7. Tauschvertrag betreffend die Grundstücke 586 und 589/3 KG Oberndorf (Gemeinnützige Wohn- und Siedlungsgenossenschaft „Salzburg“)

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Im hofseitigen Bereich des Musikums und der Aussegnungshalle stimmen die tatsächlichen Nutzungen mit den bestehenden Grundgrenzen nicht überein (siehe Orthofoto). Es soll daher ein kostenneutraler Tausch der betroffenen Grundstücksflächen durchgeführt werden (siehe Vertragsentwurf). Die mit der Errichtung des Vertrages verbundenen Kosten werden jeweils zur Hälfte von den beiden Vertragspartner getragen.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Grundstückstausch gemäß dem vorliegenden Vertragsentwurf vom 17.09.2014 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

6. Neubau Rathaus – Betreuung des Architektenwettbewerbes

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Zur Erlangung von geeigneten Architekturvorentwürfen für den Neubau des Rathauses ist vorgesehen, einen österreichweiten öffentlichen Realisierungswettbewerb durchzuführen. Für die Erstellung der Auslobungsunterlagen und die Betreuung des Wettbewerbes ist eine entsprechende Beauftragung erforderlich. Die städtebaulichen Rahmenbedingungen und das Raum- und Funktionsprogramm sollen noch im Oktober finalisiert werden. Dann könnte bis zur GV-Sitzung im Dezember das Auslobungspapier erstellt und der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Es wird daher im Sinne einer zügigen Projektabwicklung vorgeschlagen, die Beauftragung zur Betreuung des Architektenwettbewerbes dem Grunde nach vorab zu beschließen. Die Auftragssumme wird netto ca. 20.000,- Euro betragen. Die Beauftragung wird durch die Stadtgemeinde Oberndorf erfolgen.“

GV Thür erkundigt sich, ob man das neue Rathaus aus Kostengründen nicht in dem in Kürze leer stehenden Bezirksgerichtsgebäude unterbringen könnte.

Bürgermeister: Das Rathaus gehört ins Zentrum, ich führe diese Diskussion nicht mehr. Überdies kämpfe ich dafür, dass das Bezirksgericht nicht auszieht. Falls dies doch erfolgt und der Polizeiposten aufgewertet wird, wäre dieses Gebäude dafür eine Option.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die im Amtsbericht vorgeschlagene Vorgangsweise zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): 20 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen (GV Thür)

5. Neubau BORG Oberndorf – Durchführung Architektenwettbewerb

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Dipl.-Ing. Wenger vom Amt der Salzburger Landesregierung anwesend, der im Auftrag des Bundes das Auslobungspapier ausgearbeitet hat.

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 26.09.2012 wurde der Standort für den Schulneubau BORG am Gelände der alten BHAK/BHAS/PTS festgelegt. Nach mehreren Gesprächen mit den Vertretern des nunmehrigen Bundesministeriums für Bildung und Frauen (BMBWF) sowie Vertretern des Landesschulrates Salzburg erfolgte mit Schreiben vom 04.08.2014 des BMBWF die prinzipielle Freigabe zur Durchführung des Architektenwettbewerbes.

Das Ministerium sieht im genannten Schreiben eine Schulorganisation von zumindest acht Klassen bis maximal 10 bis 12 Klassen vor. Nach dem Modell der kooperativen Schulraumbeschaffung ist der Abschluss eines Vertrages zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und dem Bund notwendig. Dieser Vertrag hat folgende Grundsätze zu regeln:

- Die Stadtgemeinde erklärt sich bereit, das Grundstück dem Bund zum Zwecke der Errichtung eines ORG unentgeltlich zu überlassen. Gemäß dem zitierten Schreiben bezieht sich die Unentgeltlichkeit auch auf die Baufreimachung (z. B. Abbruch des Bestandsgebäudes, Aufschließungskosten bis zur Grundstücksgrenze usw.). Anzumerken ist, dass mit dem siebten Nachtrag zum Vertrag vom 12.01.1983/15.04.1983 betreffend der Unterbringung der BHAK/BHAS im Schulgebäude Watzmannstraße 40 unter Punkt II eine 50-prozentige Aufteilung der Abbruchkosten vereinbart wurde. Dazu erfolgte seitens des Landesschulrates vom 19.09.2014 eine schriftliche Stellungnahme.
- Die Errichtung des Schulgebäudes erfolgt gemäß Modell der Neuerrichtung des Schulgebäudes Watzmannstraße 39 (Neubau HAK/HAS/PTS) durch die Stadtgemeinde Oberndorf.
- Die Stadtgemeinde wird das neue Schulgebäude dem Bund im Bestand geben und dieser wird die Herstellungskosten samt Finanzierungskosten innerhalb von 10 Jahren ab Übernahme durch die Zahlung eines jährlichen Mietentgeltes refundieren.
- Nach Ablauf von 10 Jahren und Ausfinanzierung des Gesamtinvestitionskosten wird der Bund keine laufende Miete an die Stadt leisten sondern im Gegenzug die volle Erhaltung (im Inneren und Äußeren) des Schulgebäudes übernehmen.
- Vor dem zitierten Vertragsabschluss ist die Ausarbeitung von Entscheidungsgrundlagen (Planung samt Kostenschätzung und Kostenberechnung sowie Projektbeschreibung und Vertragskonzepte) notwendig. Daher wird in einer ersten Stufe die Durchführung eines Architektenwettbewerbes zur Erlangung von Planungskonzepten für das neue Schulgebäude durchgeführt. Das Wettbewerbsverfahren wird zu Projektgrundlagen führen, die wichtige Voraussetzung für die weiteren Verhandlungen zur Konkretisierung eines Vertragsabschlusses sind.
Das Bundesministerium für Bildung und Frauen nimmt daher in diesem Zusammenhang zur Kenntnis, dass die Einleitung und Durchführung des Wettbewerbsverfahrens zur Architektenfindung vom Amt der Salzburger Landesregierung (im Einvernehmen zwischen Bund und Stadtgemeinde über Auftrag der Stadtgemeinde) durchgeführt wird. Das Amt der Salzburger Landesregierung wird mit der Organisation dieser Wettbewerbsabwicklung das Architekturbüro Dipl.-Ing. Johannes Schalhammer beauftragen. Es ist ein offener, einstufiger, anonymer Realisierungswettbewerb im Oberschwellenbereich mit nachfolgendem Verhandlungsverfahren vorgesehen: Die Kosten des Wettbewerbes werden mit ca. € 150.000,-- geschätzt und vom Bund getragen (siehe Stellungnahme des Landesschulrates vom 19.09.2014).

- Das Raum- und Funktionsprogramm wurde vom Ministerium dem Grunde nach genehmigt. Es weist eine Nutzfläche von 2760 m² auf und ermöglicht die Führung eines 12-klassigen ORG.
- Als Kostenlimit für das Wettbewerbsverfahren werden Bruttoerrichtungskosten (inkl. Honorare und USt.) in der Höhe von € 9.700.000,- festgelegt. In diesen Kosten ist auch die Errichtung einer Normturnhalle im Ausmaß von 15 m x 27 m samt Nebenräumen enthalten. In diesem Betrag nicht enthalten sind die Kosten des Abbruchs des Bestandsgebäudes, die Kosten der Errichtung der Außenanlagen sowie die Kosten der Errichtung von Sportfreianlagen.

Auf Basis der oben angeführten Grundlagen soll nunmehr mit der Durchführung des Architektenwettbewerbes begonnen werden. Die Kosten des Wettbewerbes werden mit ca. € 150.000,- geschätzt. Die diesbezüglichen Beauftragungen erfolgen durch die Stadtgemeinde Oberndorf. Die Jurysitzung ist für Ende Jänner 2015 geplant.

Mit Schreiben vom 19.09.2014 teilt der Landesschulrat für Salzburg Folgendes mit:
Ergänzend zum Erlass des Bundesministeriums für Bildung und Frauen, Zl. BMBF-35.670/3-B/5/2014 vom 04.08.2014, gibt der Landesschulrat für Salzburg bekannt, dass die im 7. Nachtrag geregelte Vereinbarung gilt und 50% der darin angeführten Abbruchkosten vom Bund getragen werden.

Weiters werden sämtliche Herstellungs- und Finanzierungskosten des Projekts vom Bund refinanziert, auch wenn der ursprünglich vereinbarte Kostenrahmen des Projekts aufgrund von unvorhergesehenen projektbezogenen Mehrkosten überstiegen würde.

Die Kosten für die Durchführung des Wettbewerbs werden vom Bund übernommen.

Sollte das o.a. Projekt aus unvorhersehbaren Gründen nicht zustande kommen – ausgehend davon, dass der Bund dieses Projekt nicht realisieren will oder kann –, wird der Bund die bis zum Zeitpunkt des Planungsstopps oder des Widerrufs der Planung anfallenden Kosten übernehmen und der Gemeinde refundieren.

Zur Vorbereitung der Sitzung lagen im Fraktionsordner die Auslobungsunterlagen vor.

Die weiterführenden Schritte im Projekt (Vertragserrichtung, Grundteilung etc.) erfolgen zu einem späteren Zeitpunkt.

Terminzeitplan für die Umsetzung:

Bei optimistischer Einschätzung ergibt sich laut Projektentwicklung des Landes trotz der derzeitigen Budgetlage und in Abwägung geringst möglicher Vorlaufzeiten an Planung und Entscheidungen ein Baubeginn mit Ferienbeginn 2016 (Abbruch Bestand), Fertigstellung bzw. Inbetriebnahme des Neubaus frühestens in den Semesterferien 2018.“

Bürgermeister: In der Jury werden für die Stadtgemeinde Oberndorf der Bürgermeister, die 1. Vizebürgermeisterin und Architekt DI Genböck (Gestaltungsbeirat) vertreten sein. Die 10-klassige Schule mit einer Platzreserve für insgesamt 12 Klassen wird nach Vorbild der HAK für ein modernes Lernen großzügige Freiräume im Innenbereich aufweisen.

Dipl.-Ing. Wenger: Das Ministerium hat den Wettbewerb genehmigt, 9,7 Mio. Euro Baukosten ohne Nebenanlagen und Hartplatz wurden freigegeben. Es erfolgt ein EU-weiter Wettbewerb, die Bekanntmachung soll kommende Woche erfolgen, die Frist ist im Bundesvergabegesetz geregelt. Ein Kolloquium wurde eingerichtet, um den Bauplatz kennenzulernen. Es wird von der Abgabe von mindestens 40 Projekten ausgegangen. Zeitplan: Entscheidung Ende Jänner/Anfang Februar 2015. Kosten: Laut Machbarkeitsstudie (fixer Kennwert) – Außenanlagen wurden weggelassen (Baufreimachung Grundstück, Reserve für verschiedene Nebenkosten etc.), ebenso die Einrichtung. Die Kosten sind reine Planungs- und Baukosten.

Im Vergleich zur HAK/HAS/PTS: Wir liegen mit dem vorgegebenen Kostenrahmen auf dem Niveau von damals, natürlich valorisiert auf Preisbasis August 2014.

GV Thür: Ist in den Abbruchkosten auch der Abtransport enthalten?

DI Wenger: Es ist alles enthalten bis zur Baureifmachung des Grundstückes.

GV Thür: Gibt es einen Ersatz für den Beachvolleyball-Platz?

Bürgermeister: Über eine Ersatzfläche werden wir uns unterhalten.

GV Thür: Werden die Klassen in Containern untergebracht? Wäre eine Gebäudesanierung nicht möglich?

DI Wenger: Die endgültige Lage der Schule auf der Baufläche steht noch nicht fest. Für offenes Lernen in einer modernen Schule müssen die Freiräume so groß wie möglich sein, dies ließe eine Sanierung des Altgebäudes nicht zu, wäre auch kein richtiger pädagogischer Ansatz. Evtl. kann man übergangsweise in der HAK Räume anbieten. Wir gehen davon aus, dass bis auf die Turnhalle aus dem Jahr 1999 alles abgetragen wird. Die Entscheidung zugunsten des BORG ist gefallen. Einen Kostenvergleich hinsichtlich Sanierung gab es nicht, da das Gebäude baulich erledigt ist. 2008 wurde eine Bestandserhebung vorgenommen, die besagt, dass das Bestandsobjekt für das BORG nicht mehr in Betracht zu ziehen ist. Zur Frage von GV Hagmüller, ob die Gebäudemasse etwa der Größe des jetzigen Gebäudes entspricht: Es werden sehr grob geschätzt ca. 20.000 m³ sein.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Sind für die Auslagerung von Klassen im Budget Mittel vorgesehen?

DI Wenger: 9,7 Mio. Euro sind die Vorgabe für den Wettbewerb, um ihn starten zu können. Dies sind die reinen Errichtungskosten, hinzu kommen noch die Außenanlagen, ebenso 50 % der Abbruchkosten und die Ersatzräume.

2. Vizebgm. Feichtner: Übernimmt 50 % der Abbruchkosten der Bund?

DI Wenger bejaht dies. Es ist unterschriftlich, war Verhandlungssache.

- *19.45 Uhr: Es erscheint GV Hauser, somit sind 22 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend.*

DI Wenger zur Frage von GV-Strobl bezüglich einer Fairtrade-Schule und Nachhaltigkeit: Gewisse Kriterien wurden aufgenommen, eine Check-Liste gewissermaßen, was der Planer zu bedenken hat, um ein nachhaltiges Projekt zu schaffen.

GV Thür gibt zu bedenken, dass uns in Österreich die Schulden davonlaufen und mit dem heutigen Beschluss wieder Millionen dazukommen. Ihm täten die zukünftigen Generationen leid und er sei der Ansicht, man hätte den Altbestand kostengünstiger sanieren können, weshalb er nicht zustimmen wird.

Bürgermeister: Das Altgebäude stammt aus dem Jahr 1943 und ist bautechnisch am Ende. Dafür gibt es entsprechende Gutachten und diese Diskussion ist nicht mehr zu führen.

Stadtrat Innerkofler: Das Gebäude ist eine Investition in die Zukunft, für die Kinder unserer Kinder. Ebenso das Rathaus, auch das werden die zukünftigen Generationen benützen.

GV Ing. Moser kann der Haltung von GV Thür nichts abgewinnen, denn es handelt sich hier auch um erhebliche Investitionen in die Wirtschaft.

GV Wenzl: Die Lernumgebung und offenes Lernen ist wichtig und in alten Räumen nicht durchführbar.

Bürgermeister Schröder: Wir haben Jahrzehnte um ein neues BORG gekämpft. Seien wir froh, dass der Bund in wirtschaftlich nicht so rosigen Zeiten wie diesen die Wirtschaft, die nach Aufträgen lechzt, damit ankurbelt. Das schafft wiederum Arbeitsplätze. Ich werde jetzt darüber abstimmen lassen.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Durchführung des Architektenwettbewerbes unter Beachtung der o. a. Festlegungen und der dazu notwendigen Beauftragungen mit einer geschätzten Summe von ca. € 150.000,- zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): 20 GV dafür, 2 GV dagegen (GV Thür, GV Hagmüller)

Der Bürgermeister dankt Dipl.-Ing. Wenger und freut sich auf die zukünftige Arbeit mit ihm. Er freut sich auch für Oberndorf und vor allem für die Kinder und Lehrkräfte in der Schule. Man hat am gestrigen Tag, wie er sagt, die positive Stimmung in dieser Schule gesehen und wie motiviert die Schülerinnen dort sind. Sie werden in einer neuen Schule (nicht in einer aus dem 1943er Jahr, wo es aus dem Keller modert) noch motivierter sein, was wir am Beispiel der HAK/HAS/PTS deutlich sehen konnten. In diesem Sinne ergeht seitens des Bürgermeisters ein herzliches Dankeschön an alle konstruktiven Kräfte in der Gemeindevertretung für diese Beschlussfassung.

4. Gemeinnützige Oberndorfer Krankenhausbetriebsgesellschaft (GOK) – Bilanz 2013

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Gemäß § 10 in Verbindung mit § 8 Abs. 7 Zahl f des Gesellschaftsvertrages der Gemeinnützigen Oberndorfer Krankenhausbetriebsgesellschaft mbH ist der Jahresabschluss der GOK durch die Generalversammlung der Gesellschaft zu beschließen. Gesellschafter der GOK sind mit 51 % die Stadtgemeinde Oberndorf und mit 49 % die VAMED Management & Service GmbH & Co KG. Im Rahmen der Gemeindevertretungssitzung sind dazu die notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Der Geschäftsführer der GOK, Herr Lars Vorsthoven, wird die Bilanz 2013 vorstellen.

Weiters wurde dem Überprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 25.09.2014 gemäß § 54 Abs. 1 Sbg. GdO 1994 die Bilanz der GOK durch die Geschäftsführung präsentiert.

Laut Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und der VAMED erfolgt die Gesamtfinanzierung des PPP-Modells durch die VAMED. Die VAMED hat in der Rahmenvereinbarung die Kosten- und Termingarantie, die Garantie für die Erfüllung des Versorgungsauftrages, die Betriebs- und Qualitätsgarantie sowie die Ergebnisgarantie übernommen.

Durch die SOT Süd-Ost-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Salzburg wurde die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2013 durchgeführt und zur Beschlussfassung empfohlen.

Durch die Gemeindevertretung als Gesellschafter sind folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der diesem Beschluss als Beilage ./1 angeschlossene Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2013 wird genehmigt.
2. Der Bilanzverlust per 31.12.2013 in Höhe von € 5.525.558,69 wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2013 die Entlastung erteilt.
4. Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 wird die SOT Süd-Ost-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Salzburg bestellt.“

GV Petzlberger als Obfrau des Überprüfungsausschusses hält fest, dass die Bilanz der GOK von Mag. Klösch im Ausschuss vorgestellt und erläutert wurde.

Mag. Klösch führt zusammengefasst folgende Punkte aus:

- Die gute Nachricht: Oberndorf hat ein sehr vitales und leistungsstarkes Krankenhaus mit ausgezeichneten Ärzten und steigender Leistung (2013: 15 Mio. Umsatz, davon 13 Mio. Personalaufwand).
- Problem ist die Finanzierung des Salzburger Gesundheitssystems: Je mehr das Haus arbeitet, desto größer werden die Abgänge, die nur so weit abgedeckt werden können, als das Land Geld hat.
- 2013: 2,3 Mio. Verlust – ist auf Dauer nicht völlig ohne Bedenken.
- Belastung liegt beim privaten Partner VAMED, nicht bei der Stadtgemeinde.
- Stadtgemeinde ist durch Verträge mit der VAMED entlastet, die sie verpflichten, das Angebot aufrecht zu erhalten und den Abgang zu tragen – das ist gut für die Stadtgemeinde und schlecht für die VAMED.

- Es ist notwendig, dass die Gemeinde als Rechtsträger die Interessen des Hauses vertritt – es geht auch um politisches Interesse und alle sollten an einem Strang ziehen.
- Trotz negativen Eigenkapitals liegt das wirtschaftliche Eigenkapital bei über 18 Mio. (Gebäude wurde mit Zuschüssen des SAGES errichtet).
- Das Finanzierungssystem wird in der Zukunft zu beobachten sein.
- Die GOK hat ein engagiertes und gutes Rechnungssystem.
- Die VAMED schießt laufend Geldmittel zu (10,5 Mio. wurden in die GOK eingebracht, was weit über die Deckung der laufenden Ausgaben hinausgeht).
- Im Zuge der Errichtung des Hauses waren Bankenverbindlichkeiten einzugehen, doch die Bilanzstruktur pendelt sich trotzdem wieder etwas ein.

GF Vorsthoven: Letzten Sommer wurde der Bauteil 11 (Akutgeriatrie) abgeschlossen. Wir haben fast 80 % Auslastung, das ist für ein Akuthaus sehr viel. Das Krankenhaus wird gut angenommen, ein Großteil der Patienten kommt aus der Region (6.100 stationäre Aufnahmen, 50.000 ambulante Versorgung). Wir beschäftigen etwa 214 Mitarbeiter in Vollzeit. Das Krankenhaus Oberndorf ist eine wichtige Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung.

GV Thür: In den SN gibt es viele positive Leserbriefe. Das negative Eigenkapital macht mir Sorge. Kann es sein, dass Oberndorf auf diesem Darlehen sitzen bleibt? Weiters wird auf Folgendes aufmerksam gemacht: Der Umlaufbeschluss (13. Schriftl. Gesellschafterbeschluss) ist mit 18.09.2014 datiert und er ist noch nicht unterschrieben. Wir hätten den Beschluss eigentlich vor dem 30.09.2014 fassen sollen. Ist das rechtlich okay?

Mag. Klösch: Es gibt komplexe Vertragssysteme bezüglich Risiko für die Stadtgemeinde. In einer Verpflichtung der VAMED ist geregelt, dass die Gemeinde immer Zugriff auf Grundstück und Gebäude hat. Sollte es zur Vertragsauflösung kommen, hat die Gemeinde die Hand auf dem Wesentlichen. Es besteht eine gute und seriöse Partnerschaft zwischen Stadtgemeinde und VAMED.

Zur Anmerkung: Wir haben uns entschlossen, vor dem Stichtag den Jahresabschluss vorzulegen und allfällige Berichtigungen durchzuführen, falls es zu einer anderen Beschlussfassung kommt, um keine Strafen auszufassen. Dies ist nur eine strategische Vorgangsweise, die nicht besorglich ist.

GV Thür denkt, dass die Öffentlichkeit das Recht hat, die Bilanz zu sehen.

Mag. Klösch: Es gibt sehr sensible Themen, die man, ohne dass man etwas verstecken will, nicht mit großer Freude öffentlich machen sollte, weil ein Großteil der Bürger damit auch nichts anfangen kann und so eine unnötige kritische Öffentlichkeit entstehen kann. Ich halte es für klug, mit solchen Informationen sehr zurückhaltend umzugehen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Seit Jahrzehnten wissen wir, dass es im Gesundheitswesen unmöglich ist, kostendeckend zu arbeiten. Jeder weiß, dass dies bei 90 % der Krankenhäuser so ist. Am Ende kommt irgendjemand, der dann zahlen muss. Dies war viele Jahre bei der Gemeinde so. Manchmal kam dann aus irgendwelchen Töpfen vom Land etwas zurück. Derzeit zahlt es zum Großteil die VAMED. Daher meine Fragen: Wie hoch sind die Kosten durch die Zinsenfinanzierung der Zuschüsse und wie hoch ist das echte strukturelle Defizit des Hauses? Wie wird es weitergehen, wenn man davon ausgehen muss, dass sich die Krankenhausfinanzierung nicht wesentlich ändert? „Die Bevölkerung kommt zu uns“ sagt Herr Vorsthoven, doch die Ambulanz bringt schon Verluste. Es wäre sicher günstiger, wenn die Patienten zu den niedergelassenen Ärzten gingen und nicht in die Ambulanz eines Krankenhauses. Das hat sich so eingebürgert. Wie lange kann und will die VAMED diese Belastungen noch tragen?

GF Vorsthoven: Es gibt einen Vertrag, und dieser steht. Es gibt ein klares Bekenntnis der VAMED. Kein Krankenhaus in Salzburg möchte die Ambulanz weiter ausbauen. Das ist ein gesundheitspolitisches Thema. Die Niedergelassenen haben nicht die Möglichkeit, gewisse Leistungen zu erbringen. Dafür bleibt nur die Ambulanz eines Krankenhauses. Für Oberndorf ist es erfreulich, dass das Haus angenommen wird. Wir haben ein gutes Krankenhaus und tun alles dafür. Der Dank geht an alle, die sich dafür engagieren. Das betrifft übrigens alle Spitäler im Land Salzburg, nicht nur Oberndorf.

Mag. Klösch zu den gestellten Fragen:

- Die Kosten der Übergangsfrist haben die zusätzliche Belastung aus dem ganzen Haus abgelöst.
- Wenn alles so bleibt, würde es bei etwa 2 Mio. liegen. Man geht in der Betriebsführung nicht längerfristig damit um.
- Das strukturelle Defizit ist sehr abhängig von der Finanzierung des Landes.
- Über Jahre hinweg sind strukturelle Defizite jedenfalls zu beobachten, auch seitens des Rechtsträgers.

GV Strobl ersucht das Krankenhaus, Fairtrade-Produkte zu beziehen und anzubieten. Ansonsten ergeht ein großes Lob an das Krankenhaus.

Bürgermeister: Am 23. September 2014 hat eine Sitzung stattgefunden, in der das System vorgestellt wurde. Es werden laufend Gespräche mit dem Land hinsichtlich Beitragsdeckung geführt mit dem Ziel, dass die SAGES-Finanzierung eine bessere wird. Derzeit ist es so, dass derjenige, der Leistung erbringt, dafür bestraft wird. Und wer mehr Leistung erbringt, wird noch mehr bestraft (am Beispiel der Nachuntersuchungen in der Ambulanz zu sehen). Der Niedergelassenen-Bereich sperrt am Nachmittag die Praxis zu, für Berufstätige ergibt sich dadurch ein Problem, denn es kann nicht jeder jederzeit zum Arzt gehen. Dazu kommt die ärztliche Wochenendversorgung – all das findet sich in der Ambulanz wieder. Sie ist 1. Anlaufstelle. In der Ambulanz muss der Patient behandelt werden, das ist gesetzliche Vorschrift. Die Leistungen sind gedeckelt, Hauptverursacher ist hier die GKK. Das Krankenhaus hält z. B. im Röntgen das 24-Stunden-Rad aufrecht, doch die GKK gibt uns keinen Vertrag.

Die Leistungen des Personals des Krankenhauses Oberndorf sind um ein Vielfaches mehr als in anderen Krankenhäusern, das ist nachweisbar (leistungsbezogene Punkte). Aufgrund der Finanzierung sind wir dadurch schlechter gestellt. Bei der letzten Verhandlung mit dem SAGES gab es eine klare Aussage: „Ich weiß, dass das System für Oberndorf nicht gerecht ist, doch ich habe keinen politischen Auftrag!“ Deshalb ersuche ich in diesem Gremium, daran mitzuarbeiten, dass der politische Auftrag erteilt wird, dass das Krankenhaus Oberndorf nicht schlechter gestellt wird als andere. Es kann nicht sein, dass es jemanden gibt, der die Gesundheitsversorgung übernommen hat, der ein fairer Partner ist und dafür bestraft wird. Ich bitte die politisch Verantwortlichen, darauf hinzuwirken, dass man sich dafür einsetzt.

Mag.(FH) Danner: Die Wochenend- und Einmalversorgung in der Ambulanz ist eine andere Sache. Ich denke, die meisten Ambulanztermine sind auf die Wochentage zu den üblichen Öffnungszeiten einer Arztordination verteilt. Doch dies ist eine grundsätzliche Entscheidung des Ministeriums und des Sozialversicherungsträgers. Es kann nicht dauerhaftes Ziel sein, dass letztendlich der Spitalerhalter zahlen muss.

GF Vorsthoven: Wir wären schon froh, leistungsgerecht bezahlt zu werden. Wir wollen nur eine Gleich- keine Besserstellung, das wären für unser Haus 4 Mio. mehr Erlös. Wir müssen nur weiterkämpfen. Es wird etwas geschehen müssen.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, folgende Punkte zu beschließen:**

- **Der diesem Beschluss als Beilage ./1 angeschlossene Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2013 wird genehmigt.**
- **Der Bilanzverlust per 31.12.2013 in Höhe von € 5.525.558,69 wird auf neue Rechnung vorgetragen.**
- **Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2013 die Entlastung erteilt.**
- **Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 wird die SOT Süd-Ost-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Salzburg bestellt.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Vorstehende Punkte werden einstimmig beschlossen.

13. Allfälliges

Folgende Anfragen und Themen werden besprochen und vom Bürgermeister beantwortet:

Aktueller Stand Neubau SPAR Ziegelhaiden (GV Pürcher): Das eingereichte Projekt liegt zur Vorbegutachtung beim Land, dieses hat dafür 6 Wochen Zeit. Geplant ist die Beschlussfassung der Kundmachung f. d. Abänderung des FLWP in der Dezember-Sitzung. Baubeginn voraussichtlich erste Jahreshälfte 2015.

Haltung zum Laubbläser-Verbot (GV Thür): Es wird kein neuer gekauft.

Drogenszene auch in Oberndorf (GV Thür): Derzeit nichts bekannt. Wir haben Streetworker und ein gut funktionierendes JUZ. Zuständig ist die Polizei. Die Gemeinde hat ihre diesbezügl. Hausaufgaben gemacht, ist zudem abhängig von Informationen. Nicht für jede gesellschaftliche Entwicklung kann die Öffentlichkeit verantwortlich gemacht werden, es gibt auch die Familie. Im Bürmooser Fall handelt es sich überdies um einen Erwachsenen, der für sich selbst verantwortlich ist.

Es gibt Menschen, die nicht zu erreichen sind (GV Strobl), von schweren Fällen ist in Oberndorfer Schulen nichts bekannt.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Bürgermeister die Sitzung um 20.35 Uhr.

Die Schriftführerin:

gez. Gabriele Niederstrasser eh.

Der Vorsitzende:

gez. Bürgermeister Peter Schröder eh.

Beschlussfassungsprotokoll GV v. 01.10.14

TOP	Beschluss	erledigt am	erledigt von
1.	Ergänzung um TOP „Verlängerung Kontokorrentkredite“		
2.	Protokolle v. 02.07.14 und 23.07.14		
12.	Verlängerung Kontokorrentkredite		
11.	Subvention SAFETYtour 2015 – Finale Kindersicherheitsolympiade i. Obdf.		
9.	Erd- u. Baumeisterarbeiten F. X. Gruber-Str.-Sanierung		
8.	Nachtrag Mietvertrag Spielplatz M.-Rottmayr-Str.		
7.	Tauschvertrag Grundstücksteile GSWB – Stadtgemeinde hinter Musikum		
6.	Rathaus-Neubau Beauftragung Betreuung Architektenwettbewerb		
5.	BORG-Neubau Beauftragung Durchführung Architektenwettbewerb		
4.	GOK – Bilanz 2013		